

### 3 Die Identität der Niederlande

Im Folgenden werden zwei historische Diskurse vorgestellt, die wichtige Wegmarken der niederländischen Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg darstellen. Die eher von den Eliten getragene Debatte um die Dekolonisation Niederländisch-Ostindiens Ende der 40er Jahre eröffnete den holländischen Weg nach Westen in der Außen- und Sicherheitspolitik. Demgegenüber kennzeichnet die von breiten Bevölkerungsschichten getragene Debatte um die Stationierung von Mittelstreckenraketen in den frühen 80er Jahren eine bemerkenswerte Krise der transatlantisch ausgerichteten holländischen Sicherheitspolitik.

#### A Der niederländische Diskurs zur Dekolonisation Ostindiens (1944-1949)

(Hemming Boekle)

##### Einleitung<sup>229</sup>

Der niederländische Diskurs um die Dekolonisierung Indonesiens, des vormaligen Niederländisch-Indiens, spielt für die moderne nationale Identität der Niederlande eine große Rolle, trug er doch entscheidend zur (Re-)Konstruktion der niederländischen Identität nach dem Zweiten Weltkrieg bei. In ihm werden Kontinuität wie Wandel nationaler Identität deutlich. Kontinuität äußert sich in der Bezugnahme verschiedener, insbesondere von den Befürwortern des Festhaltens an der Kolonialmacht gebrauchten Argumentationsmuster auf Elemente der traditionellen niederländischen Identitätskonstruktion, wie sie vor dem Zweiten Weltkrieg geteilt worden war. Wandel hingegen zeigt sich im enormen Einfluss formativer Ereignisse – in diesem Fall v.a. des deutschen Angriffes vom Mai 1940 und der anschließenden, beinahe fünf Jahre währenden Okkupation – und die durch solche Ereignisse ausgelösten dramatischen und schnellen Veränderungen nationaler Identitätskonstruktionen. Der Ausgang des Dekolonisierungsdiskurses führte seinerseits zu einer weiteren Veränderung niederländischer Identität, indem er die Niederlande bis auf wenige, territorial unbedeutende Kolonien auf das europäische Mutterland zurückwarf und somit eine entscheidende Grundlage für die folgende „Europäisierung“ der niederländischen Identität schuf.

Aus den genannten Gründen ist die Auswahl des Dekolonisierungsdiskurses zur Ermittlung von Argumentationsmustern, Diskursformationen und Identitätsmerkmalen zwar vielversprechend, aber auch nicht unproblematisch. Zu dem Problem, dass es sich bei der niederländischen Identität im hier gewählten Untersuchungszeitraum (1944/45 bis 1949) zumindest in Teilen um ein *moving target*

<sup>229</sup> Für wertvolle Recherchen zu diesem Beitrag danke ich Mireille Bourgraff.

handelt, tritt der Umstand, dass die formalen Diskursstrukturen, die heute die niederländische Außenpolitik kennzeichnen, in dieser Zeit erst entwickelt bzw. wiederhergestellt wurden. Insbesondere gab es zunächst kein funktionierendes, außenpolitisch mitsprachekompetentes Parlament, sondern lediglich einen beratenden Nationalen Rat (*Nationale Advies Commissie*) sowie das aus den überlebenden Abgeordneten der beiden vor dem Krieg gewählten Kammern des Parlaments, die als *Tijdelijke Staten-Generaal* am 25. September 1945 zusammentraten und kein Interpellationsrecht hatten. Sie wurden nach zwei Monaten von den sogenannten Vorläufigen Generalstaaten (*Voorlopige Staten-Generaal*) abgelöst, die wieder über alle verfassungsmäßigen Rechte verfügten. Faktisch gab es aber erst nach den ersten Nachkriegswahlen vom 17. Mai 1946 wieder eine parlamentarisch verankerte Regierung, und erst dann normalisierte sich das politische Leben wieder (Lademacher, 1983: 474f.).

Die Auseinandersetzungen um die Dekolonisierung Indonesiens sind insbesondere von der niederländischen Geschichtsforschung behandelt worden (Jaquet 1982; Drooglever und Schouten 1999; Kossmann 1976; Houben 1996); wobei der Schwerpunkt entweder auf den internationalen Auseinandersetzungen oder auf der Rolle einzelner niederländischer Politiker liegt. Hinzu treten einige historische, politik- und/oder landeskundliche Werke nichtniederländischer Autoren (Lademacher 1983; Vandenbosch 1959; Huggett 1971). Während es einige Studien gibt, die sich dezidiert mit der indonesischen Revolution und Dekolonisation befassen (Lee 1981; van Goor 1986 mit Einzelbeiträgen), gibt es praktisch keine Literatur, die explizit den zeitgenössischen niederländischen Dekolonisierungsdiskurs behandelt. Lijphart (1966) hat eine beeindruckende Analyse der niederländischen Problemwahrnehmungen und mentalen Einstellungen in englischer Sprache vorgelegt, die allerdings auf die West-Neuguinea-Problematik fokussiert ist und den konkreten Diskursverlauf in den Niederlanden nur in Ausschnitten nachzeichnet.<sup>230</sup> Auf der Grundlage dieser Literaturbasis erwies es sich als schwierig, den Diskursverlauf und die konkreten Argumentationsmuster zu ermitteln; insgesamt ist es aber doch möglich, die entscheidenden Argumentationsmuster und mit ihrer Hilfe die ihnen zugrundeliegenden Identitätselemente zu identifizieren.

<sup>230</sup> Meijer (1995) hat die spezifischen Einstellungen verschiedener Persönlichkeiten der niederländischen politischen und öffentlichen Lebens analysiert. Da er sich jedoch auf die posthume Rezeption des Diskurses bis in die Gegenwart konzentriert und die Einstellungen oder Äußerungen damaliger Akteure unberücksichtigt lässt, ist seine Studie diskurshistorisch wertlos.

### Diskurskontext

Die Auflösung Niederländisch-Indiens und (außer West-Neuguinea) dessen Entlassung in die Unabhängigkeit fielen in eine Epoche der umfassenden Neuorientierung niederländischer Politik. Nach dem Trauma der deutschen Besetzung war sich die politische Elite der Niederlande<sup>231</sup> weitgehend darüber einig, dass die Sicherheit der Niederlande zukünftig nicht mehr durch die traditionelle Neutralitätspolitik gewährleistet werden könne.<sup>232</sup> War die niederländische Außen- und Sicherheitspolitik schon lange vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs von einer inoffiziellen de facto-Allianz mit Großbritannien gekennzeichnet gewesen (Voorhoeve 1979: 48f.), wurde nun die Hinwendung zu Großbritannien und insbesondere zur neuen westlichen Führungsmacht USA als sicherheitspolitisch geboten betrachtet.<sup>233</sup> Diese neue Orientierung war auch Ausfluss des traditionell starken Antikommunismus niederländischer Außenpolitik, der sich z.B. in der späten diplomatischen Anerkennung der Sowjetunion (1942) zeigte und sich im Zuge des ab 1945 immer sichtbarer „Kalten Krieges“ mit Angst vor einem Ausbreiten der Sowjetmacht nach Westeuropa paarte.

Vor allem aber war die Phase 1944/45-49 geprägt vom wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Wiederaufbau der Niederlande.<sup>234</sup> Angesichts der herrschenden Existenznot war das Interesse der niederländischen Öffentlichkeit sogar an den drängendsten außenpolitischen Fragen äußerst gering; die niederländische Außen- und Sicherheitspolitik wurde ebenso wie die Kolonialpolitik mehr oder weniger ausschließlich von den politischen Eliten, der Führung der Kolonialverwaltung sowie kolonialistischen Gruppen, Organisationen und Wirtschaftsvertretern diskutiert.

Den Anfang des Kolonialdiskurses markiert wohl die Radioansprache Königin Wilhelminas, die sie am 6. Dezember 1942 aus dem Exil an ihr Volk richtete und in der sie die Vorstellung einer niederländisch-indonesischen Union auf der

<sup>231</sup> Die niederländische politische Elite hatte sich – wie auch die königliche Familie und die Londoner Exilregierung – der Besetzung teils durch die Flucht ins Ausland entzogen, teils war sie von der NS-Besatzungsmacht in einem zentralen Lager St. Michielsgestel interniert worden. Nur geringe Teile hatten im aktiven Widerstand gegen die Besetzung gewirkt. Die Insassen von St. Michielsgestel formierten sich während ihrer Internierung seit 1942 zur Niederländischen Volksbewegung (*Nederlandse Volksbeweging, NVB*), die in der unmittelbaren Nachkriegszeit vorübergehend einigen Einfluss auf die niederländische Politik ausübte und sich vor allem der sogenannten Durchbruch-Ideologie (*doorbraak*) verpflichtete, die eine Überwindung der insbesondere konfessionell begründeten „Versäulung“ der niederländischen Gesellschaft herbeizuführen suchte (Lademacher 1983: 463-471).

<sup>232</sup> Zur Neuorientierung der niederländischen Außen- und Sicherheitspolitik in der unmittelbaren Nachkriegszeit s. Vandenbosch 1959: 289-306, Huggett 1971: 191-199; Schaper 1978; Voorhoeve 1979: 102-119).

<sup>233</sup> Diese neue sicherheitspolitische Orientierung wurde erstmals in der Radiorede des Exil-Außenministers van Kleffens vom 28. Dezember 1943 skizziert (Daalder 1978: 67-69).

<sup>234</sup> Zu den dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Zweiten Weltkrieges für die Niederlande: de Vries 1979: 295-298; Lademacher 1983: 475f.; Kossmann 1976: 233.

Basis souveräner Gleichberechtigung entwickelte.<sup>235</sup> Diese Konzeption wurde jedoch alsbald durch die Ereignisse in Indonesien überholt: Zunächst war ganz Indonesien im Frühjahr 1942 von japanischen Truppen besetzt worden. Da die Niederlande zu diesem Zeitpunkt schon beinahe ein Jahr selbst besetzt und ihre Militärmacht praktisch vernichtet war, konnte die japanische Besetzung Indonesiens nur durch Großbritannien und den USA im Laufe des Jahres 1945 beendet werden. Nach der japanischen Kapitulation am 15. August 1945 übernahmen zunächst die Briten die Verwaltungshoheit, die sie schon nach wenigen Wochen an die Niederlande zurückgaben. Sie blieben aber in der Rolle der militärischen Schutzmacht, die sie zum Jahresbeginn 1947 an die USA abtraten.

Am 17. August 1945 rief die von Sukarno und Hatta geführte indonesische Nationalbewegung die unabhängige indonesische Republik aus und machte somit frühzeitig klar, was sie von der Konzeption einer Union mit dem niederländischen Mutterland hielt. In der Folgezeit kam es zu einer Reihe von Konferenzen über die indonesische Frage. Während die erste in Hoge Veluwe (April 1946) ergebnislos blieb, endete die zweite Konferenz von Lingadjadi (November 1946) mit einem Abkommen, das die autonome Herrschaft der nationalistischen indonesischen Republik über Java und Sumatra mit Wirkung vom Jahresbeginn 1949 anerkannte, diese aber zur Zusammenarbeit mit Den Haag bei der Errichtung eines föderativen Gesamtstaates innerhalb der niederländischen Union verpflichtete. Doch scheiterte dieses Abkommen trotz seiner Unterzeichnung durch beide Seiten Ende März 1947 an territorialen Meinungsverschiedenheiten. Die Niederlande ergriffen daraufhin militärische Maßnahmen, um die auf die Unabhängigkeit hinauslaufende Entwicklung umzukehren. Es gelang ihnen mit den „Polizeiaktionen“ (*politele acties*) von Juli/August 1947 und über den Jahreswechsel 1948/49 zwar, ihre Herrschaft über Indonesien teilweise wieder herzustellen, doch erwies es sich als unmöglich, die Guerilla-Strategie der indonesischen Nationalbewegung zu überwinden, so dass sich ein militärisches Patt ergab. Nicht zuletzt der Druck der USA inner- wie außerhalb der UNO zwang Den Haag zu weiteren Verhandlungen und Abkommen mit der indonesischen Nationalbewegung. Schon nach der ersten „Polizeiaktion“ hatte der UN-Sicherheitsrat eine „Kommission der Guten Dienste“ eingerichtet (Jaquet 1982: 11-13), die im Januar 1948 ein neues Abkommen (geschlossen auf dem amerikanischen Kriegsschiff *Renville*) vermittelte, das die Grundsätze von Lingadjadi bestätigte.

Nach der zweiten „Polizeiaktion“ verschärfte sich der internationale Druck dem Den Haag schließlich nachgab und im Abkommen der „Konferenz der Runden Tische“ (*ronde Tafel*), die im Sommer 1949 in Den Haag stattfand, Indonesien die Unabhängigkeit mit Wirkung vom 27. Dezember 1949 gewährte. Nominell verblieb Indonesien zunächst im niederländischen *Commonwealth*,

<sup>235</sup> Die folgende kurze Darstellung basiert insbesondere auf Houben 1996: 125-157; Kossmann 1986: 230-268.

sollte sich jedoch 1956 auch aus diesem lösen. In der Folge kam es zur Vertreibung Tausender von niederländischstämmigen Indonesiern, Mischlingen und europäisierten Indonesiern; allein zwischen Dezember 1957 und August 1958, nachdem die indonesische Regierung formell die Ausweisung der Niederländer und die Konfiskation niederländischer Unternehmen verfügt hatte, kamen 33.000 Vertriebene ins niederländische Mutterland (Huggett 1971: 215). Lediglich West-Neuguinea verblieb noch bis 1962 in niederländischem Besitz.

### Diskursstruktur

Im Untersuchungszeitraum war das politische System der Niederlande vom Wiederaufbau der administrativen und parlamentarischen Strukturen und häufigen Regierungswechseln geprägt. Von 1940 bis 1945 wurden insgesamt drei Koalitionsregierungen – zwei davon ganz oder überwiegend im britischen Exil – vom konservativ-protestantischen Ministerpräsident Gerbrandy geführt. Wie diese Kabinette, so war auch das (sozialdemokratisch beherrschte) Kabinett Schermerhorn-Drees,<sup>236</sup> das von Sommer 1945 bis Sommer 1946 regierte, aufgrund der mangelnden Funktionsfähigkeit des Parlaments keine Parteienkoalition im engeren Sinne; die politischen Parteien mussten sich nach dem Krieg erst wieder konstituieren, wobei es zu geringfügigen Veränderungen gegenüber der Vorkriegszeit kam.<sup>237</sup> Die fehlende Arbeitsfähigkeit des Parlaments stellte auch eine schwere Belastung für die niederländische Kolonialpolitik dar; so verhinderten die damals bevorstehenden ersten niederländisch-indonesischen Konferenzen im April 1946 in Hoge Veluwe (Jaquet 1982: 7). Erst das Kabinett Beel, das im Juli 1946 folgte, verfügte wieder über parlamentarischen Rückhalt; es wurde von der KVP (*Katholieke Volkspartij*, katholische Volkspartei, konservativ), der Beel angehörte, und der PvdA (*Partij van de Arbeid*, Arbeitspartei, sozialdemokratisch) getragen und blieb bis August 1948 im Amt. Dann wurde es von vier aufeinanderfolgenden Koalitionsregierungen unter dem Sozialdemokraten Drees abgelöst, die unter

<sup>236</sup> In diesem Kabinett fungierte Schermerhorn als Premier- und Drees als Sozial- und Wirtschaftsminister. Üblicherweise werden die niederländischen Kabinette nur nach dem Premierminister benannt. Die landläufige Benennung dieses Kabinetts nach Schermerhorn und Drees ist nicht nur dem hohen Ansehen Drees geschuldet, sondern symbolisiert auch die herausragende Bedeutung des Wirtschaftsministers in dieser vom sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbau gekennzeichneten historischen Phase.

<sup>237</sup> Während die protestantischen Parteien ARP und CHU sich nach dem Zweiten Weltkrieg in ihrer alten Form rekonstituierten, gründeten sich die sozialdemokratische SDAP als PvdA und die katholisch-konservative RKSP als KVP jeweils neu. 1948 schloss sich die ebenfalls zunächst in ihrer alten Form wiedergegründete liberale VDB mit anderen liberalen Kräften zur VVD zusammen. Danach kam es erst in den 70er Jahren durch den Zusammenschluss aller christlichen Parteien zum CDA im Zuge der gesellschaftlichen und politischen „Entsäulung“ sowie dem Aufstieg der sozialliberalen D66 (1968 erstmals ins Parlament gewählt) zur Ausbildung des heutigen niederländischen Parteiensystems. Zu Struktur und Geschichte der Parteien und des Regierungssystems in den Niederlanden nach dem Zweiten Weltkrieg, s. ausführlich Lepszy 1979: 229ff.; Lepszy 1999: 343-349.

Beteiligung von PvdA, KVP und CHU (*Christelijk-historische Unie*, christlich-historische Union, protestantisch-konservativ-liberal) sowie unter zeitweiligem Einschluss der VVD (*Volkspartij voor Vrijheid en Democratie*, Volkspartei für Freiheit und Demokratie, liberal) oder der ARP (*Anti-revolutionnaire Partij*, antirevolutionäre Partei, protestantisch-rechtskonservativ) gebildet und bis 1958 fortgeführt wurden.

Während der Außenminister<sup>238</sup> in der außenpolitischen Diskursstruktur der Niederlande normalerweise eine dominante Stellung einnimmt (Boekle und Swoboda 2001: 2), gilt dies für die Dekolonisierungsproblematik nur eingeschränkt und hauptsächlich in Bezug auf die internationale Dimension; schließlich betrachtete die niederländische Regierung wie auch die Bevölkerung die Indonesien-Frage primär als innere Angelegenheit (Schaper 1978: 92). Dementsprechend war die Position des Premierministers im Dekolonisierungsdiskurs sehr stark. Hinzu kam der Minister für koloniale Angelegenheiten,<sup>239</sup> der üblicherweise für Stellungnahmen zur Indonesienpolitik vor dem Parlament zuständig war. Ein bedeutender Diskursträger war der liberale Protestant H.J. van Mook, der als *Luitenant-Gouverneur-Generaal* – trotz einiger anfänglicher Bestrebungen des Kabinetts Beel, ihn durch einen Katholiken zu ersetzen (Jaquet 1982: 26) – bis November 1948 als niederländischer Statthalter in Indonesien fungierte. Dann wurde er vom abgewählten Ex-Premier Beel selbst ersetzt. Trotz der zeitweiligen Militarisierung des Konfliktes trat der Verteidigungsminister kaum als wichtiger Diskursträger auf. Wichtiger war die niederländische Heeresleitung, insbesondere General S.H. Spoor, der die Strategie im Zusammenhang mit den *politele acties* wesentlich bestimmte (Houben 1996: 137).

Neben diesen die Regierungspolitik vertretenden Diskursträgern waren natürlich auch die (wenigen) außenpolitisch profilierten Abgeordneten des Parlaments von Bedeutung. Hier sind insbesondere der KVP-Führer in der *Tweede Kamer*, C.P.M. Romme und der damalige KVP-Abgeordnete und spätere langjährige Außenminister J.M.H.A. Luns zu nennen, die sich vehement gegen eine Entlassung Indonesiens in die Unabhängigkeit einsetzten. Wichtiger aber waren – ganz im Einklang mit der niederländischen Tradition zahl- und

<sup>238</sup> Während des Krieges und noch bis August 1946 wurde das Außenministerium von E. N. van Kleffens geführt. Ihm folgte Baron van Boetelaer Osterhout nach. Beide waren Karrierediplomaten und keine ausgewiesenen Parteipolitiker; die Berufung parteipolitisch kaum oder gar nicht in Erscheinung getretener Karrierediplomaten entsprach einer traditionellen niederländischen Berufungspraxis (Vandenbosch 1959: 34; Schaper 1978: 94f.). Mit dem Liberalen Stikker wurde dann allerdings 1948 ein profilierter Parteipolitiker ins Außenministerium berufen, der an der Konstituierung der VVD als „der“ liberalen niederländischen Partei maßgeblichen Anteil gehabt hatte.

<sup>239</sup> Dieses Amt wurde des Öfteren vom Premierminister selbst ausgeübt, während des kriegsbedingten Exils der Regierung in London aber vom Katholiken Welter bekleidet worden. Er wurde im Zuge der Bildung des Kabinetts Schermerhorn/Drees vom Sozialdemokraten Logemann abgelöst, der nach der Kabinettsbildung unter Beel in der Folge der Wahlen von 1946 Jonkman Platz machte. Dieser wiederum wurde nach der Bildung des Kabinetts Drees 1948 von van Maarseveen ersetzt.

einflussreicher gesellschaftlicher *pressure groups* (Boekle und Swoboda 2001: 7) – die Kolonialorganisationen.<sup>240</sup> Zumindest teilweise verfügten diese Organisationen durch ihre guten Kontakte zu einzelnen Mitgliedern von Regierung, Parlament und Kolonialverwaltung sowie durch ihre teilweise Einbeziehung in die Verhandlungen über ansehnlichen politischen Einfluss, insbesondere durch ihr Teilnahmerecht an der Minderheitenkonferenz von Pangkalpinang im Oktober 1946 und der Konferenz des Haager Runden Tisches 1949, bei der allerdings nur einzelne Vertreter als Individuen zugelassen waren.<sup>241</sup> Schließlich muss auch die 1946 nach Abschluss des Linggadjadi-Abkommens neu eingesetzte Generalkommission (*commissie-generaal*) genannt werden. Diese war zwar von der neu gewählten Regierung Beel nicht zuletzt in der Absicht nach Batavia entsandt worden, den Handlungsspielraum des als zu liberal angesehenen van Mook einzuengen (Houben 1996: 149); ihr gehörten aber neben Hardlinern wie dem Katholiken M. van Poll auch moderate Politiker wie der Ex-Premier Schermerhorn an.

### Die zentralen Argumentationsmuster

Die zentralen Argumentationsmuster für den Erhalt des niederländischen Kolonialreiches waren einerseits die Angst vor dem Verlust der wirtschaftlichen Überlebensfähigkeit der Niederlande und andererseits die Furcht vor dem politischen Absinken der Niederlande auf den Status eines Kleinstaates, der zum Spielball großer Mächte würde. Auch wenn in außenpolitischen Diskursen in den Niederlanden das „nationale Interesse“ traditionell kaum als zentrales Motiv auftaucht (Jonas-Bodenheimer 1978), beruhte das geteilte niederländische Selbstverständnis doch darauf, „mehr“ zu sein als ein europäischer Kleinstaat. Der Besitz von Kolonien schien hierfür zentral, erhob er die Niederlande doch in den Kreis der großen europäischen Mächte mit Kolonialbesitz. Und das territorial wie bevölkerungsmäßig erhebliche Niederländisch-Indien war in der Wahrnehmung der niederländischen Bevölkerung „der“ Kolonialbesitz schlechthin; die kleinen und kaum bevölkerten Kolonien in der westlichen Hemisphäre (Surinam, Aruba und Niederländische Antillen) konnten aus nieder-

<sup>240</sup> Unter diesen Gruppen sind die *Grooter Nederland Actie*, die während des Krieges von durch die Japaner in Indonesien inhaftierten Niederländer gegründet worden war, und – wichtiger noch – das *Committee Handhaving Rijkseinheid* besonders zu nennen. Letztergenanntes hatte sich als ultrakonservativ-prokoloniale Gruppierung in unmittelbarer Reaktion auf das Abkommen von Linggadjadi um die Politiker Gerbrandy und Welter konstituiert. Hinzu kamen zahlreiche weitere Organisationen, darunter insbesondere solche, die sich für ein Festhalten an West-Neuguinea und dessen systematische koloniale Entwicklung stark machten. Zu den Kolonialgruppen muss aber auch das sozialistisch bzw. sozialdemokratisch gesinnte Komitee für die Erschließung Neuguineas durch politische Delinquenten (*Comité Openlegging Nieuw-Guinea door Politische Delinquenten*) gezählt werden. Sein eher exotisches Kolonialprogramm bestand in dem Vorschlag, die niederländischen NS-Kollaborateure als Kolonisatoren nach West-Neuguinea zu schicken, um den Doppelpurpose einer politischen Befriedung des Mutterlandes und einer Befriedigung kolonialer Aspirationen zu erreichen; es blieb aber im Diskurs nahezu bedeutungslos (Lijphart 1966: 99).

<sup>241</sup> Einen guten Überblick über Zielsetzungen und Aktivitäten dieser zahlreichen prokolonialistischen Gruppierungen gibt (Lijphart 1966: 90-105).

ländischer Sicht den Verlust Indonesiens kaum kompensieren (vgl. Lijphart 1966: 105-107).

Ein besonders wichtiges Argumentationsmuster für den Erhalt des südostasiatischen Kolonialbesitzes war deren enorme wirtschaftliche Bedeutung: Indonesien hatte vor dem Zweiten Weltkrieg einen Anteil von 90 Prozent an der weltweiten Produktion von Chinin, und beinahe ebenso hoch waren die Anteile an der Welpfeffer- und Kapokproduktion. Beträchtliche Weltmarktanteile besaß Indonesien auch in Bezug auf Gummi, Tee und Zinn sowie weitere Rohstoffe (Huggett 1971: 209; Baudet und Fasseur 1979: 325-347). Angesichts dieser herausragenden wirtschaftlichen Bedeutung und der kriegsbedingten Schwächung der Wirtschaft im Mutterland wurde von einigen Diskursträgern befürchtet, die Niederlande könnten nach der Abtrennung ihrer Kolonien wirtschaftlich nicht mehr lebensfähig sein, insbesondere auch deshalb, weil große Anteile der Indonesien-Exporte in die USA und nach Australien gingen, während der europäische Absatzmarkt für Exporte aus dem Mutterland durch die Kriegsschäden praktisch zusammengebrochen war. Angesichts der niederländischen identitären Tradition als eine der führenden Handelsmächte der Welt (vgl. Voorhoeve 1979: 48f.) hätte ein Verlust der Kolonien in den Augen einiger die niederländische Identität existentiell bedroht. Hinzu trat der Umstand, dass man die im Vergleich zum eigenen Land relativ schnelle und erfolgreiche wirtschaftliche Erholung des belgischen Nachbarn nicht zuletzt auf dessen fortgesetzte Kolonialherrschaft über den Kongo zurückführte (Lijphart 1966: 106). Die Argumentation unter Rückgriff auf wirtschaftliche Faktoren und Interessen war insbesondere unter Liberalen verbreitet, doch gab es in diesem Lager erhebliche Positionsdifferenzen hinsichtlich der Kolonialfrage.

Die eher geostrategisch-militärpolitische Argumentation, die den Besitz von Kolonien als unabdingbare Voraussetzung dafür herausstellte, dass die Niederlande im Konzert der Großen nicht zum Spielball fremder politischer Interessen würden, verfiel im Unterschied zur wirtschaftlichen eher bei den Christlich-Konservativen als bei den Liberalen. In den rechtskonservativen Parteien und besonders in der ARP war dieses Argument weit verbreitet, vermischte sich dabei aber mit einem eher „idealistischen“ Argument,<sup>242</sup> das auch bei den „gemäßigten“ Parteien Resonanz fand und welches die Interessen und das Selbstbestimmungsrecht der Niederländer, die in den Kolonien bleiben wollten (*blijvers*), der Mischlinge und „hollandisierten“ indigenen Bevölkerungen sowie der Einheit der niederländischen Nation und des

<sup>242</sup> Die Bezeichnung bestimmter Argumentationsmuster als „idealistisch“ soll – wie auch die Bezeichnung „realistisch“ – keineswegs bedeuten, dass die gemeinten Aussagen auf der jeweils bezeichneten Theorie der internationalen Beziehungen basieren. Allerdings enthalten die bezeichneten Argumentationen durchaus bestimmte Elemente, die in der jeweils gleichnamigen Theorie im Vordergrund stehen. So sind „idealistische“ Argumentationen meist von dem Streben nach einer ethisch und rechtlich „guten“ internationalen Ordnung, „realistische“ Argumentationen dagegen von der Betonung militärischer Macht und Sicherheit geprägt, wodurch die hier verwendete Terminologie gewissermaßen symbolisch gerechtfertigt erscheint.

Königreiches (*rijkseenheid*) einschließlich ihres in den Kolonien lebenden Anteils betonte.<sup>243</sup> Dieses Selbstbestimmungsrecht dürfe nicht ausgehebelt werden, indem sich *blijvers* und „Eurasier“ der indonesischen Republik unterwürfen. Der Reichseinheitsgedanke hatte neben den radikal-konfessionellen Parteien insbesondere auch bei der KVP viele Anhänger, was die Indonesien-Politik der Regierung Beel erschwerte (van den Doel 2001: 170-175).

Einen weiteren Anknüpfungspunkt für eine idealistische, auf das Selbstbestimmungsrecht rekurrierende Argumentation, die zumindest zu Gunsten des Erhalts West-Neuguineas als niederländische Kolonie zu Buche schlug, bot die ethnische Verschiedenheit der neuguineischen von der indonesischen Bevölkerung. Noch nach dem Zweiten Weltkrieg waren weite Teile des Gebietes unerforscht, und viele Gruppen von Menschen lebten dort noch unter gewissermaßen steinzeitlichen Bedingungen. Diese Menschen – so die Argumentation – seien auf ihrer gegenwärtigen Entwicklungsstufe nicht fähig, ihre politischen Geschicke selbst in die Hand zu nehmen; eine Übertragung der Herrschaft über sie an Indonesien würde aber lediglich den einen Kolonialstatus durch einen anderen ersetzen. Zudem sei im Fall der Integration West-Neuguineas in den indonesischen Staatsverband von einer dauerhaften indonesischen Kolonisation auszugehen. Demgegenüber sei es die Aufgabe der Niederlande, West-Neuguinea allmählich auf die Unabhängigkeit vorzubereiten. Diese Argumentation spielte in der diskursiven Auseinandersetzung um die niederländische Indonesienpolitik zwar gegenüber den wirtschafts- und sicherheitspolitischen Argumentationen, die sich an den Status der Niederlande anknüpften, sowie jener, die die Interessen der *blijvers* und „Eurasier“ betonten, eine untergeordnete Rolle. Sie tritt aber prominent zutage in öffentlichen Stellungnahmen und Publikationen der damaligen Kolonialverwaltung und war zumindest teilweise populär unter deren – meist liberal eingestellten – Beamten.<sup>244</sup> Sie wurde nicht zuletzt durch die Aktivitäten einer weiteren gesellschaftlichen Organisation befördert, nämlich des *Nieuw Guinea Studiekrings* (Neuguinea-Studienkreises). Diese Organisation hatte sich in den

<sup>243</sup> Für die Gruppe der Mischlinge und kulturell angepassten Indonesier war damals der Ausdruck „indische Niederländer“ (*indische Nederlanders*) oder – insbesondere in der englischen Literatur – „Eurasier“ üblich (Lijphart 1966: 69 *et passim*). Die Gesamtzahl jenes Anteils der Kolonialbevölkerung, die sich als Niederländer definierten und von welchen die *blijvers* den kleinsten Teil ausmachten, betrug mehr als 300.000.

<sup>244</sup> Schon vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hatte sich nicht zuletzt aus Angehörigen der Kolonialverwaltung eine inoffizielle liberale Organisationen mit Namen *Stuw* formiert, die sich insbesondere der politischen Trennung des niederländischen Mutterlandes und seines indonesischen Kolonialbesitzes im Sinne der dann später auch von der Regierung favorisierten gleichberechtigten Union verschrieben hatte. Ihr gehörte auch der (katholische) Chef der Generalkommission in der mittelbaren Nachkriegszeit, van Mook, an (Huggett 1971: 210-214). Die paternalistische, auf das Selbstbestimmungsrecht der Papua-Völker in West-Neuguinea gerichtete Darstellung des indonesien-Problems findet sich etwa in einer Publikation der Kolonialverwaltung selbst. Zeichnenderweise wurde sie in englischer Sprache unter dem Titel „What's It About in Indonesia?“ (Netherlands Indies Government Information Service 1947) publiziert, was verdeutlicht, dass ihr Ziel nicht in der Beeinflussung der Problemwahrnehmung durch die niederländische, sondern insbesondere der britischen und amerikanischen Bevölkerung begründet lag.

ersten Nachkriegsjahren primär für die Entwicklung West-Neuguineas zu einem niederländischen *Moederland* (Mutterland) in Asien stark gemacht, nahm sich aber v.a. unter dem Eindruck der politischen Entwicklungen des Jahres 1949 zunehmend der paternalistischen Argumentation zu Gunsten der neuguineischen Papua-Bevölkerung an (Lijphart 1966: 97f.).

Die Betonung von Recht und Moral als Grundlagen der niederländischen Außenpolitik<sup>245</sup> lassen sich in der Wahrnehmung der weltpolitischen Rolle des eigenen Landes als Vorreiter der Entwicklung eines von rechtlicher und sittlicher Ordnung geprägten nationalen und internationalen Systems verankern. Diese Wahrnehmung ging auf die von der Regierung Abraham de Kuypers (ARP) schon 1901 verkündeten „ethischen Politik“ (*ethische politiek*) zurück, die nach Kuypers Vorstellungen insbesondere das niederländische Kolonialregiment leiten sollte (Huggett 1971: 205) – „Recht und Ordnung“ (*rust en ordre*) wurden zum Leitbegriff der Kolonialherrschaft. Die *ethische politiek* sollte aber auch außenpolitisch wirksam sein (Vandenbosch 1959: 167f.). Die Niederlande nahmen so ihre eigene Rolle in der Welt als die eines *pilot state* im Sinne einer politischen Verantwortung wahr, die die Herrschaft des Rechts, der christlichen Ethik und des Friedens als Handlungsmaximen betonte und den Niederlanden hierbei bescheinigte, selbst mit leuchtendem Beispiel voranzugehen (Baehr 1978: 7f.; van Staden 1978: 126-130; Voorhoeve 1979: 49-54).

Diese idealistische Tradition lag auch der legalistischen Argumentation zu Grunde, dass der Übergang Indonesiens in die Unabhängigkeit – so er denn käme – jedenfalls im Einklang mit der niederländischen Verfassung und dem Völkerrecht unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes aller beteiligten Bevölkerungsgruppen geschehen müsse. Das bloße Schaffen von Fakten durch die indonesische Nationalbewegung, obendrein repräsentiert von Führern, die in den Niederlanden weithin als Kollaborateure und Verbrecher betrachtet wurden und deren Verhaftung von Sprechern aller Parteien einschließlich der PvdA wiederholt gefordert worden war (Jaquet 1982: 6f.), entsprach nach weit geteilter Auffassung diesen Anforderungen nicht. Darüber hinaus bezweifelte die niederländische Seite – und hier bestand Einigkeit zwischen „Gemäßigten“ wie van Mook und „Hardlinern“ wie Romme und van Poll – grundsätzlich die Fähigkeit der indonesischen Nationalbewegung, *rust en ordre* aufrechtzuerhalten (Cribb 1986: 132). Diese Überzeugung war vor dem Hintergrund der Entwicklungen 1947 und der zunehmenden Radikalisierung der indonesisch-nationalistischen Guerillaaktivitäten der Grund dafür, dass nicht nur die

<sup>245</sup> Diese Tradition geht bereits auf die Initiative der Regierung Kuyper im frühen 20. Jahrhundert zurück, die die „ethische Politik“ (*ethische Politiek*) zum Leitbegriff ihrer Außenpolitik erklärt hatte. Dieser Grundmaxime hatten sich auch alle nachfolgenden niederländischen Regierungen verpflichtet gefühlt. Erst die Katastrophe der im nachhinein als „idealistisch“ diffamierten Völkerbundspolitik der Zwischenkriegszeit hatte die „ethische Politik“ wenigstens teilweise diskreditiert, die jedoch weiterhin – bei einigen realistisch-allianzorientierten Modifikationen insbesondere in der Sicherheitspolitik – von starkem Einfluss auf die niederländischen politische Elite blieb (vgl. Daalder 1978: 78-80).

*Commissie-Generaal*, sondern sogar van Mook selbst die erste *politele actie* befürworteten (Houben 1996: 152f.) Doch wurde van Mooks grundsätzliche Einstellung, dass *rust en ordre* in Indonesien höher als der Verlust des niederländischen Kolonialbesitzes zu bewerten waren, ihm schließlich zum Verhängnis und waren der Grund für seine abrupte Ersetzung durch Beel im Spätherbst 1948 (Houben 1996: 155).

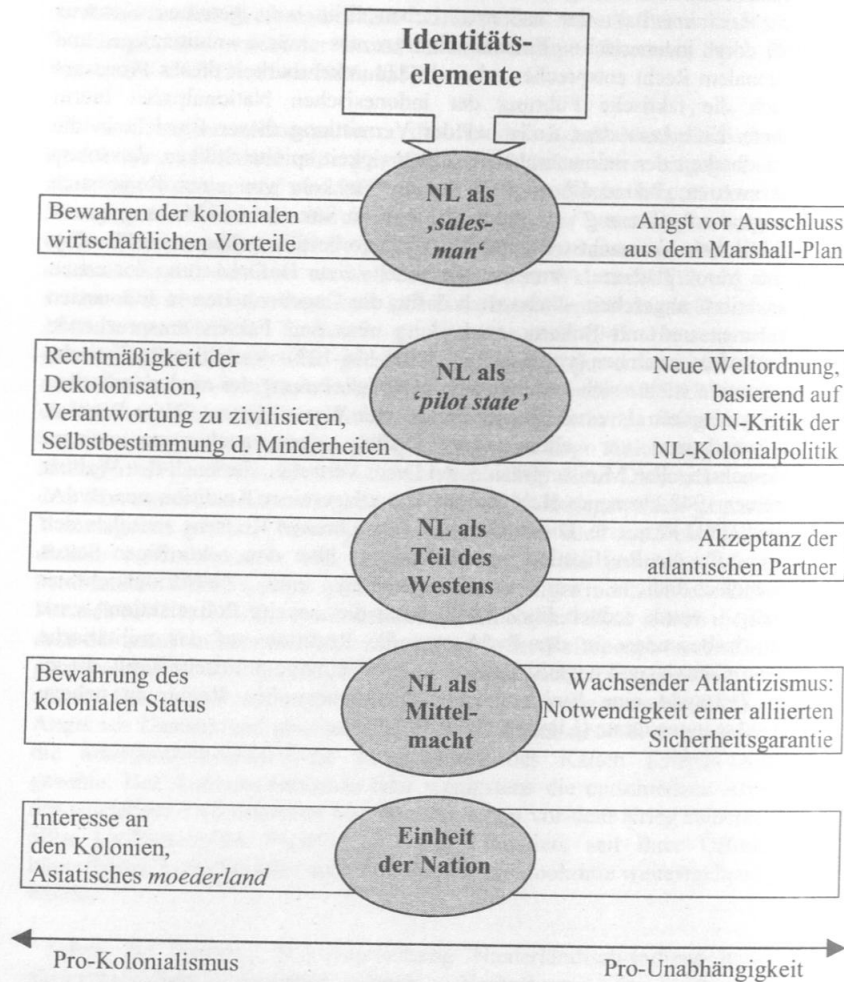
Diesen Argumentationsmustern, die für den Erhalt Niederländisch-Indiens sprachen, stand jedoch eine gewichtige Diskursformation entgegen, das sich allerdings weniger auf das traditionelle niederländische Identitätskonzept der Vorkriegszeit als auf die durch die Katastrophe der Besetzung hervorgerufene, insbesondere außen- und sicherheitspolitisch relevante Neukonzeption niederländischer Identität als Teil der westlichen Welt unter Führung der USA stützte. Wie bereits erwähnt, hatte sich diese neue Identitätskonstruktion erstmals 1943 in van Kleffens' Radiorede gezeigt, war nach 1945 aber sehr schnell zu einer gesellschaftlich weit geteilten Auffassung geworden. Nur Teile der rechtskonservativ-konfessionellen Milieus – insbesondere die ARP und andere christlich-radikale Splitterparteien der protestantischen, weniger stark der katholischen Seite – wandten sich gegen eine zu enge Anlehnung an die USA (Schaper, 1978: 95f.). Ebenfalls abgelehnt wurde diese Diskursformation von den Kommunisten, die zwar aus den ersten Nachkriegswahlen gegenüber der Vorkriegszeit gestärkt hervorgingen, aber gerade auch im Dekolonisierungsdiskurs isoliert blieben und schnell wieder in die politische Marginalität herabsanken.<sup>246</sup> Die weitaus größten Teile der weniger radikalen konfessionellen Parteien KVP und CHU, die PvdA und die Liberalen teilten jedoch die Einsicht, dass die „neue“ niederländische Identität nach der Befreiung von der Besetzung ganz wesentlich auf der Zugehörigkeit zur westlichen Gemeinschaft basieren müsse. Diese Überzeugung, die sich anfangs beinahe ausschließlich aus der Angst vor Deutschland genährt hatte, verstärkte sich noch in dem Maße, indem die amerikanisch-sowjetische Frontstellung des Kalten Krieges Konturen gewann. Der Antikommunismus oder wenigstens die entschiedene Ablehnung des sowjetisch-stalinistischen Modells war schon vor dem Krieg seinerseits von allen konfessionellen Parteien und den Liberalen, seit ihrer Öffnung zur bürgerlichen Mitte hin aber auch von der Sozialdemokratie weitestgehend geteilt worden.

Schon die britische Militärverwaltung Niederländisch-Indiens hatte dem niederländischen Ansinnen nach Verhaftung der indonesischen Nationalistenführer nicht entsprochen, und auch die USA setzten letztlich auf Sukarno und Hatta als Partner im Ringen um die indonesische Unabhängigkeit. Vor diesem Hintergrund setzte sich – bei aller Enttäuschung darüber, dass das

<sup>246</sup> Dabei vertraten die niederländischen Kommunisten eine besonders problematische und inkonsistente Position, indem sie sowohl die Beibehaltung des status quo als auch die Dekolonisierung Indonesiens unter Führung der republikanischen Bewegung Sukarnos und Hattas ablehnten, weil sie letztere als Handlanger des US-Imperialismus betrachteten (Lijphart 1966: 116f.).

Werben bei den Alliierten um Zusammenarbeit bei der Lösung des indonesischen „Problems“ (vgl. Lijphart 1966: 108) – bei einigen niederländischen Diskursträgern eine „realistische“ Argumentation durch, die zwar an dem innerhalb der außenpolitischen Elite weit geteilten Konsens festhielt, der indonesische Emanzipationsprozess müsse nationalem und internationalem Recht entsprechen, aber die Unumkehrbarkeit dieses Prozesses und auch die faktische Führung der indonesischen Nationalpartei hierin anerkannte. Eine besondere Rolle bei der Vermittlung dieser Einsicht in die Unabwendbarkeit der indonesischen Unabhängigkeit spielte Stikker, der schon vor der zweiten „Polizeiaktion“ nach seiner Rückkehr von einer Reise nach Indonesien die Auffassung vertreten hatte, dass an Sukarno und Hatta aufgrund ihrer faktischen Vormachtstellung kein Weg vorbeiführe (Jaquet 1982: 21). Auch van Mook plädierte – von der „Episode“ seiner Befürwortung der ersten „Polizeiaktion“ abgesehen – beharrlich dafür, die Gegebenheiten in Indonesien anzuerkennen und mit Sukarno und Hatta eine den Fakten entsprechende Übereinkunft zu erreichen (van den Doel 2001: 116-122). Auch diese realistische Argumentation stützte sich letztlich auf die Wahrnehmung der niederländischen Nachkriegsidentität als zuverlässiger Partner der Westalliierten. Diese Position wurde wiederum vor allem von Stikker, aber auch von seinem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Drees vertreten, der nach den Wahlen im Sommer 1948 ein neues Kabinett auf Grundlage einer Koalition von PvdA, CHU und VVD formierte. Die Suche nach einem breiten Konsens zwischen den Parteien – für die Ratifikation von Abkommen über den zukünftigen Status Niederländisch-Indiens war verfassungsmäßig eine Zweidrittelmehrheit notwendig – wurde jedoch Ende 1948 durch die „zweite Polizeiaktion“ stark belastet; insbesondere in der PvdA war die Reaktion auf das militärische Vorgehen überwiegend negativ, galt sie doch als einzige politische Kraft, die zu diesem Zeitpunkt eine Einigung mit der indonesischen Regierung nahezu vorbehaltlos unterstützte (Lijphart 1966: 110-115).

Abb. 16: Der niederländische Diskurs zur Dekolonisation Ostindiens (1944-1949)



## Diskurshegemonie

Untersucht man die verschiedenen Argumentationsmuster auf die ihnen zugrundeliegenden Identitätselemente hin, so fallen fünf Elemente auf, die im Diskurs von Bedeutung waren. Das erste lässt sich als „Die Niederlande als *pilot state*“ fassen und entspricht auch der in der Literatur geläufigen Kennzeichnung der niederländischen Politik als stark geprägt von einer „idealistisch-internationalistischen“ Tradition (vgl. Voorhoeve 1979: 48f.). Dieses Element war auf beiden Seiten im Diskurs wirksam: Die Befürworter des Festhaltens am Kolonialbesitz interpretierten es im Sinne einer zivilisatorischen Verpflichtung, die Dekolonisation im Einklang mit Recht, Gesetz und ethischen Werten anstatt unter Druck und Zwang durchzuführen, während die Befürworter einer entgegenkommenden niederländischen Politik auf die Verurteilung insbesondere der „Polizeiaktionen“ durch die von den Niederlanden im Sinne ihrer ethisch-legalistischen Außenpolitiktradition hoch geschätzten UN und die „neuen“ westlichen Partner der Niederlande verweisen konnten.<sup>247</sup> Auch das zweite Identitätselement, welches sich als „Die Niederlande als Mittelmacht“ kennzeichnen lässt, tritt in der Pro- wie der Kontra-Dekolonisations-Argumentation zu Tage. In letzterer wurde der Kolonialbesitz direkt mit dem Erhalt des Status einer Mittelmacht verbunden, während erstere – im Zuge der allgemeinen Neubestimmung der niederländischen Sicherheitspolitik weg von der Neutralität und hin zu einer westlichen, US-geführten Allianz – darauf verwies, dass die Ressourcen einer „Mittelmacht“ wie der Niederlande eben nicht ausreichen, um den *Status quo ante* aus eigener Kraft wieder herzustellen.<sup>248</sup> Diese Einsicht, die schließlich von nahezu allen Diskursträgern

<sup>247</sup> Schon die erste „Polizeiaktion“ war im Sommer 1947 vom Sicherheitsrat gerügt worden, doch hatte er damals seine Mahnung, die Feindseligkeiten einzustellen, noch an beide Seiten gleichermaßen gerichtet. Mit der zweiten Operation Ende 1948 nahm die Schärfe der Verurteilungen und Forderungen gegenüber der niederländischen Seite drastisch zu: Der Sicherheitsrat forderte – mit den Stimmen aller ständigen Mitglieder – wiederholt (am 24. und 28. Dezember 1948 sowie am 28. Januar 1949) die sofortige Beendigung der Operation und die Freigabe aller verhafteten indonesischen Nationalisten einschließlich ihrer Führer Sukarno und Hatta sowie weiterer Gefangener und setzte den Niederlanden (am 28. Januar 1948) eine klare Frist für die Herstellung der vollen Souveränität für Indonesien.

<sup>248</sup> Schon die Restauration der kolonialen Zivilverwaltung und des politischen und sozialen Lebens in Indonesien durch van Mook seit 1946 war nur in Teilen geglückt (Kossmann 1986: 251). Zwar hatte insbesondere die zweite „Polizeiaktion“ von 1948/49 einigen Erfolg bei der Wiederherstellung der militärischen Kontrolle. Diese wurde am sichtbarsten in der Verhaftung der indonesischen Nationalistenführer Sukarno und Hatta, die von den niederländischen Diskursträgern nahezu einmütig als Kollaborateure mit der japanischen Besatzungsmacht und deswegen als legitime Verhandlungsführer der indonesischen Bevölkerung diskreditiert betrachtet wurden. Dennoch führte diese militärische Operation zu einer Spaltung der niederländischen politischen Elite, da sie insbesondere bei der PvdA, aber auch bei Teilen der anderen Parteien auf Widerspruch stieß. S. stimmten im niederländischen Ministerrat bei der Abstimmung vom 13. Dezember 1948 über eine Kriegserklärung an Indonesien (die am 18. Dezember erfolgte) alle fünf PvdA-Minister sowie der VVD-Außenminister Stikker gegen die „Polizeiaktion“, während die fünf KVP-Minister und der CHU-Verteidigungsminister Schokking dafür stimmten. Von den beiden parteilosen Mitgliedern des damaligen Kabinetts stimmte einer dafür, einer dagegen; ein KVP-Minister war abwesend (Jaque 1982: 135).

geteilt wurde, spielte eine zentrale Rolle für den Ausgang des Diskurses und die Entlassung Indonesiens in die Unabhängigkeit. Das dritte, von beiden Seiten instrumentalisierte Identitätselement schließlich ist jenes der „Niederlande als *Salesman*“. Wiederum wurde es von der gegen die Dekolonisierung argumentierenden Seite noch bei der „Konferenz der Runden Tafel“ 1948 direkt mit dem Kolonialbesitz verbunden, der aus ihrer Sicht für den Erhalt der niederländischen Position im Welthandel zentral war (van Doorn 1995: 61). Die Befürworter einer entgegenkommenden Politik konnten dagegen auf die seit Ende 1948 massive Gefahr eines Ausschlusses von den Handelsbeziehungen in der westlichen Welt verweisen, nachdem die USA den Niederlanden wegen der zweiten „Polizeiaktion“ mit dem Ausschluss aus dem Marshall-Plan gedroht hatten (Lademacher 1983: 499; Lijphart 1966: 108; Jaquet 1982: 126-128). Diese Drohung hatte einen kaum zu unterschätzenden Einfluss auf das Diskursergebnis, da ein Ausschluss aus dem Europäischen Wiederaufbauprogramm wohl kaum durch fortgesetzte Einkünfte aus den Kolonien hätte ausgeglichen werden können und angesichts der Beeinträchtigung des Indonesien-Geschäfts durch Krieg und Revolution ohnehin noch viel Zeit vergangen wäre, bis die Kolonien wieder wirtschaftlichen Gewinn abgeworfen hätten.<sup>249</sup>

Der Dekolonisierungsdiskurs der späten vierziger Jahre offenbart aber noch zwei weitere, jeweils nur von einer Seite genutzten Identitätsmerkmale, die auch den Charakter der niederländischen Identität als „im Fluss“ zu jener Zeit deutlich werden lassen. Das erste, auf welches sich nur die Kolonialbefürworter beriefen, ist jenes der „Einheit der niederländischen Nation“ einschließlich seiner nichteuropäischen Teile und offenbarte sich besonders in dem Gedanken der *rijkseenheid*. Dieses „alte“ Identitätselement wurde schließlich mit der Entlassung Indonesiens in die Unabhängigkeit weitgehend obsolet und – wie insbesondere die späteren, weit weniger umstrittenen Dekolonisationen West Irians (1962) und Surinams (1975) zeigen – vollends aufgegeben. Das zweite, „neue“ Element der niederländischen Identität, welches nur von den Gegnern eines starren Antidekolonisationskurses benutzt wurde, war jenes der „Niederlande als Teil des Westens“. Seine Neukonstruktion war, wie mehrfach angemerkt, eine Folge des Scheiterns der Neutralitätspolitik und der Hinwendung zur westlichen Allianz, und sein Einfluss auf den Diskursverlauf wuchs mit der Verschärfung westlicher Ermahnungen, Forderungen und Drohungen zusehends an.

Entscheidend für den Ausgang des niederländischen Dekolonisierungsdiskurses waren zunächst weniger interne als vielmehr externe Faktoren, insbesondere der starke Druck seitens der USA. Dies zeigt schon die Gegenüberstellung des eher reichhaltigen Repertoires pro-kolonialistischer

<sup>249</sup> Im Rückblick hat Lijphart (1966: 287) überzeugend dargelegt, dass die Kosten des indonesischen Kolonialbesitzes den Niederlanden insbesondere während des hier einschlägigen Zeitraums weit über den Gewinnen lagen.

Argumentationen und der eher spärlichen, die die Entlassung Indonesiens in die Unabhängigkeit unterstützten, sowie der Umstand, dass die Dekolonisierungsgegner bis Ende 1948 die Oberhand weitgehend behalten konnten. Das Ergebnis des Dekolonisierungsdiskurses – die Entlassung ganz Indonesiens mit Ausnahme West Irians in die Unabhängigkeit – spiegelt damit ein gewisses Auseinanderfallen von Diskurshegemonie und der letztlich getroffenen Entscheidung wider.

Der Befund, dass der externe Druck entscheidend war, entspricht dem übereinstimmenden Urteil der historischen und politikwissenschaftlichen Forschung.<sup>250</sup> Aus diskursanalytischer Perspektive fragt sich, wie dieser Druck von außen rezipiert wurde und auf die Argumentationen gewirkt hat. Die offensichtlichen Missfallensäußerungen der westlichen Staaten bedeuteten eine schwere Hypothek für die Vorstellung einer zukünftigen niederländischen Sicherheitspolitik in enger Anlehnung an die USA, Großbritannien und die UN. Sie schwächten also sowohl die Argumentationen, die auf das *pilot state*-Identitätselement im Sinne einer Wahrnehmung der niederländischen Rolle in der Welt als Förderer von Recht und Moral zurückgriffen, als auch solche, die auf dem „neuen“ Identitätselement der Niederlande als Teil der westlichen Welt basierten. Hinzu kam, dass die US-Drohung des Ausschlusses der Niederlande aus dem Marshall-Plan auch die ökonomische Argumentation, die die Bedeutung der Kolonien für die Wahrung des Status der Niederlande im Welthandel hervorhob, schwächte.

Die identitäre Verarbeitung des Rückfalls der Niederlande von einer Kolonialmacht auf einen europäischen Kleinstaat wurde durch die Ereignisse 1948/49 erst ausgelöst; der niederländische Kolonialdiskurs war mit ihnen noch lange nicht zu Ende (Lijphart 1966: 125ff.). Die weitere Entwicklung der Freigabe des niederländischen Kolonialreiches zeigte jedoch, dass schon Ende der 50er Jahre die von der niederländischen Bevölkerung geteilte Konstruktion nationaler Identität mit den politischen Gegebenheiten so weit in Einklang gebracht worden war, dass die Abgabe West Irians an Indonesien kurz darauf weit weniger heftige Debatten auslöste, als dies im indonesischen Unabhängigkeitskampf nach der Fall gewesen war (Lijphart 1966: 277-284; Kersten 1989).<sup>251</sup>

<sup>250</sup> So z.B. Lee (1981: 253). Lijphart (1966: 290) kommt zu der Überzeugung, dass die schnelle Dekolonisierung der niederländischen Kolonien in Südostasien letztlich ein historischer Glücksfall war, wenn man sie z.B. mit der langwierigen, äußerst blutigen und für das Mutterland politisch außerordentlich folgenreichen Dekolonisierung der französischen Kolonien in Indochina und Nordafrika vergleicht.

<sup>251</sup> Interessanterweise hatten sich die Fronten innerhalb der niederländischen Parteien 1962 teilweise verkehrt. So machte nun nicht zuletzt die ARP Druck für eine möglichst rasche und friedliche Lösung des West-Neuguinea-Problems, während die PvdA – die allerdings im Grundsatz ebenfalls einen Souveränitätsverzicht befürwortete – die parlamentarischen Beschlussfassungen teilweise Detail blockierte (Lijphart 1966: 282f.). Und der Katholik Luns, der noch 1948 einer der harten Gegner der Entlassung Indonesiens in die Unabhängigkeit gewesen war, hatte als Außenminister durch seine Vermittlungspolitik – die allerdings aufgrund der Weigerung, mit der indonesisch